

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
5. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 27.04.2010 um 17:00 Uhr
im Bürgerhaus Gruitzen

Beginn:
17:00

Ende:
20:16

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Peter Bartz
Stv. Mantoy Becker
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Meike Lukat
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Dr. Karl-August Niepenberg
Stv. Brigitte Taschke
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

bis TOP 12.3

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Ute Dörr
Stv. Jörg Dürr
Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
Stv. Michael Petersen
Stv. Wilfried Pohler
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke
Stv. Heinrich Wolfesperger
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Philip Daniel
Stv. Dirk Raabe

Stv. Michael Ruppert
Stv. Patrick Sobbe
Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Gerhard Herder
Stv. Karl-Hermann Käpernick

Die Linke

Stv. Michael Henchoz
Stv. Klaus Negro

Verwaltung

Beigeordnete/r Dagmar Formella
Frau Sylvia Lantzen
Herr Torsten Rekindt
Herr Michael Rennert
Herr Carsten Schlipkötter
Herr Wolfgang Voos

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der/Die Vorsitzende Knut vom Boverf eröffnet um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er/Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er/Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Bgm. vom Boverf erinnert an den Nachtrag, der unter TOP 11.1 in die Tagesordnung eingefügt wurde. Weiterhin seien die Anfrage der Bürgerinitiative Innenstadt Haan unter TOP 3.1 und die Grundstücksangelegenheit aus dem HFA der letzten Woche unter TOP 25 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Hierzu bestehen keine Bedenken.

Stv. Pohler beantragt, den TOP 11 von der Tagesordnung zu nehmen und nicht durch den Rat behandeln zu lassen, weil es sich um keine Angelegenheit des Rates handele.

Diesem Antrag wird mit 36 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung entsprochen.

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen 2 Einwohneranfragen vor.

Die Fragen des Herrn Bretschneider (Anlage 1) werden von **Bgm. vom Boverf** wie folgt beantwortet:

Der Grundsatz der Öffentlichkeit gilt nach § 169 S. 1 GVG i.V.m. § 55 VwGO nur für die mündliche Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschließlich der in diesem Rahmen durchgeführten Beweisaufnahmen sowie für die Verkündung (§ 116 Abs. 1) des Urteils. Auf Erörterungsverhandlungen und Beweiserhebungen, die vom Vorsitzenden oder vom Berichterstatter im Rahmen des § 87 Abs. 1 und 3 VwGO durchgeführt werden, sowie auf Beweisaufnahmen durch den beauftragten oder ersuchten Richter nach § 96 Abs. 2 VwGO erstreckt sich der Grundsatz nicht. Der Grund dafür ist, dass der Richter in diesen Funktionen für das Kollegium nur einzelne Verfahrenshandlungen vornimmt und damit nicht als „erkennendes Gericht“ tätig wird.

Die "Waffengleichheit" sei durch die Sachkunde und die Objektivität des anwesenden Richters und der Sachbearbeiter der Verwaltung gewährleistet.

Die Frage der Frau Eppert (Anlage 2) beantwortet **StORR Rennert** wie folgt:

Es gibt keine regulierende Instanz innerhalb des Stadtrates. Diese ist gesetzlich nicht

vorgesehen.

Der Ausübung einer kommunalen Mandatstätigkeit setzen die Regelungen in § 37 KWahlG eine Grenze. Hierüber hat Sie die Verwaltung mit Mail vom 19. 03. 2010 ausführlich informiert. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf den Inhalt dieser Antwort verwiesen.

**2./ Bürgerantrag: Schaffung eines Integrations- und Kooperationsbeirates;
Vorlage: 10/002/2009
Vorlage: 51/012/2010**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Verwaltung beruft einen "Runden Tisch" ein und gibt die im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanberatungen 2010 im Stellenplan 2009 ausgewiesene 1/3-Stelle für Integrationsaufgaben zur Besetzung frei. Diese Ressource ist auch für die Begleitung des "Runden Tisches" einzusetzen."

**3./ Bürgerantrag zur Innenstadt vom 21.11.2009
Vorlage: 61/014/2010**

Abstimmungsergebnis:

39 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

„Die Anregungen und Beschwerden zur Innenstadt, vorgetragen mit den Schreiben vom 16.02.2010, 04.01.2010 und Fax vom 23.11.2009, wie in der Anlage zur Sitzungsvorlage enthalten, werden zurückgewiesen.“

3.1. Bürgerantrag: Alternative Innenstadtentwicklung **/ Vorlage: 10/041/2009**

Protokoll:

StORR Rennert erklärt, der vorliegende Bürgerantrag zielt auf Informationsgewinnung, die eigentlich nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu werten sei und nicht als Bürgerantrag. Da er jedoch auch einen Vorwurf an die Verwaltung enthalte, müsse er in öffentlicher Sitzung als Bürgerantrag behandelt werden.

Stv. Lukat fragt, ob die Verwaltung die 4 Wochen Frist zur Beantwortung nach Informationsfreiheitsgesetz einhalte und wie die Frist bei Folgeanträgen eingehalten werden könne.

StORR Rennert erläutert, dass diese Fristen nach Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Rates geregelt, die Informationen fristgerecht durch die Verwaltung erteilt worden seien.

Abstimmungsergebnis:

40 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

„Die Anregungen und Beschwerden zur Innenstadt, vorgetragen mit den Schreiben vom 16.02.2010, 04.01.2010 und Fax vom 23.11.2009, wie in der Anlage zur Sitzungsvorlage enthalten, werden zurückgewiesen.“

4./ Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 4.12.2009 **hier: Erstellung eines Innenstadtkonzeptes** **Vorlage: 61/015/2010**

Abstimmungsergebnis:

42 Ja- und 2 Nein-Stimmen

Beschluss:

"Der Antrag vom 04.12.2009 wird zurückgewiesen."

5./ Ausschreibung der Stelle des Technischen Beigeordneten

Vorlage wird nach Besprechung in der Fraktionsvorsitzendenrunde erstellt und nachgereicht

Protokoll:

Bgm. vom Bover erkundigt sich, ob Bedenken bzgl. der öffentlichen Beratung bestünden.

Dies ist nicht der Fall.

Stv. Sack beklagt das würdelose Abwahl-Prozedere des Herrn Buckesfeld in der letzten Ratssitzung. Aus Sicht der GAL müsse diese Stelle nicht wiederbesetzt werden. Das technische Dezernat sei gut aufgestellt, was auch der guten Arbeit des Herrn Buckesfeld zu verdanken sei. Er bitte die Verwaltung ein Modell zu erarbeiten, wie die Arbeitsorganisation ohne technischen Dezernenten laufen könne.

Stv. Wetterau erklärt, zunächst sei im Falle eines HSK eine Wiederbesetzungssperre für das technische Dezernat vorgesehen. Die Verwaltung solle mit gutem Beispiel vorangehen und die Sparbemühungen aktiv unterstützen. Es bestehe heute keine Entscheidungsnotwendigkeit, im kommenden Jahr seien die Bedarfe kritisch zu überprüfen.

Stv. Ruppert zeichnet noch einmal die Absprache der Fraktionsvorsitzendenrunde nach, wonach heute keine Ausschreibung für die Stelle des technischen Dezernenten eingebracht werden solle und der AK Personal mit dieser Thematik zu befassen sei.

Stv. Pohler möchte den Stellenplan insgesamt im AK Personal vordiskutieren und nicht nur einzelne Stellen. Auch im HSK seien kurzfristige Stellenbesetzungen möglich. Er bitte die Verwaltung, die letzten Rundbriefe des Innenministers zu diesem Thema zusammenzustellen und der Politik zukommen zu lassen.

Stv. Lukat möchte sichergestellt wissen, dass auch nach einer Übergangsfrist ein tragfähiges Modell für die Verwaltung sichergestellt sei.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des AK Personal eine tragfähige und aussagekräftige Vorlage als Arbeits- und Diskussionsgrundlage zu erarbeiten, aus der hervorgeht, wie das technische Dezernat auch ohne Dezernenten effektiv arbeiten könne."

6./ Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2010
Vorlage: 20/006/2010

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Einbringung der Hebesatz-Satzung der Stadt Haan für das Haushaltsjahr 2010 wird zur Kenntnis genommen."

7./ Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung inklusive Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010

Protokoll:

Bgo. Formella hält ihre Haushaltsrede (Anlagen 3 und 4).

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Stadt Haan für das Haushaltsjahr 2010 wird zur Kenntnis genommen."

7.1. Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2010
/ Vorlage: 10/051/2010

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Einbringung des Stellenplans der Stadt Haan für das Haushaltsjahr 2010 wird zur Kenntnis genommen."

**8./ Einbringung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2015
Vorlage: 20/007/2010**

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Einbringung des Entwurfs des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2010-2015 wird zur Kenntnis genommen."

**9./ Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 13.03.10
hier: Mülleinsammlung in Eigenregie statt Ausschreibung
Vorlage: 60/009/2010**

Protokoll:

Stv. Rehm zeigt sich verwundert darüber, dass die Antrag stellende Fraktion erneut darauf verzichte, ihre Beweggründe zu erläutern. Die GAL-Fraktion halte diesen Antrag für die richtige Idee, die aber im Augenblick noch nicht umgesetzt werden könne, dennoch im Auge behalten werden müsse. Daher werde sich die GAL dazu heute enthalten.

Abstimmungsergebnis:

37 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen

Beschluss:

"Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE wird nicht gefolgt. Der Ratsbeschluss vom 06.10.09 bleibt bestehen."

10./ Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Verfassungsklage gegen den kommunalen Finanzausgleich in NRW; Einhaltung des Konnexitätsprinzips
Vorlage: 10/043/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bover erklärt, der Städte- und Gemeindebund NRW habe aufgrund der Anträge vieler Links-Fraktionen in den Kommunen des Landes Verfassungsbeschwerden beim Land eingereicht. Da eine davon bereits abgewiesen worden sei, die die hier zur Diskussion stehende Problematik betreffe, sehe er für die Stadt Haan keinen weiteren Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit.

Abstimmungsergebnis:

39 Ja- und 1 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen

Beschluss:

"Der Antrag der Links-Fraktion vom 12.03.2010 wird abgelehnt."

11./ Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Erhebung einer Millionärssteuer zur Haushaltssicherung der Stadt Haan
Vorlage: 10/044/2010

Protokoll:

Dieser TOP wurde nach Beschluss des Rates von der Tagesordnung abgesetzt und wird nicht mehr behandelt.

11. Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Bereitstellung von Finanzmitteln für
1./ Schulbücher
Vorlage: 10/050/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bover schlägt vor, diesen Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen in der kommenden Sitzung des HFA zu behandeln.

Bgo. Formella erklärt, die Verwaltung werde bis dahin versuchen, einen Sponsor für diese Maßnahme zu finden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Antrag der Links-Fraktion wird im Rahmen der Haushaltsberatungen im kommenden HFA zu behandeln sein."

12./ Anträge des Senior(inn)enbeirats der Stadt Haan

12. Barrierefreier Zugang zum Hallenbad**1./ Vorlage: 10/045/2010**

Protokoll:

Bgm. vom Bover wiederholt die Aussage eines vor einiger Zeit abgesprungenen Sponsors, der keinen Sinn in einer barrierefreien Gestaltung des Eingangsbereiches sah, solange im Bad selber keine Barrierefreiheit herrsche.

Stv. Ruppert meint, der Schul- und Sportausschuss solle sich dezidierter mit dieser Problematik befassen, dies sei man den Senioren und den behinderten Mitbürgern schuldig.

Stv. Pohler lenkt den Fokus auch auf die Mütter mit Kinderwagen, die ebenfalls Probleme mit dem Eingangsbereich zu bewältigen hätten. Die Verwaltung sollte eine kostengünstige Lösung prüfen.

Stv. Lukat berichtet, der Sozialausschuss habe sich bereits mit dieser Thematik befasst und sie sehe keine Notwendigkeit nun auch noch den Schul- und Sportausschuss zu beteiligen. Das Team des Hallenbades bemühe sich derzeit sehr, dem angesprochenen Personenkreis zu helfen und das Sporttreiben zu ermöglichen. Insgesamt vermisse sie zu allen Anträgen des Seniorenbeirates eine Stellungnahme bzw. Entscheidungshilfe der Verwaltung. Es entstehe der Eindruck, der Seniorenbeirat werde von der Verwaltung nicht ernst genommen, obwohl dieses Gremium von der Bürgerschaft gewählt worden sei.

Bgm. vom Bover macht deutlich, dass die 1/3-Stelle im Stellenplan 2010 eingeplant worden sei, derzeit der Verwaltung aber zur Bearbeitung dieser Anträge keine Personalressource zur Verfügung stehe.

Auch **Stv. Lemke** meint, die Verwaltung signalisiere Interessenlosigkeit, wenn Anträge, die seit mehr als 2 Monaten vorlägen, unvorbereitet dem Rat vorgelegt würden. Im Vorfeld der Einrichtung dieser 1/3-Stelle sei zu klären, welche Aufgaben mit wel-

cher Kompetenz hier zu erledigen seien.

Stv. Stracke sieht eine bestimmte Personengruppe von der Teilnahme an einem nicht unwesentlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens ausgegrenzt. Der Seniorenbeirat wurde zur Klärung gerade solcher Fragen installiert und mache bereits hervorragende Arbeit. Er fragt, wie hoch die tatsächlichen Kosten zur Umsetzung eines barrierefreien Zugangs zum Hallenbad seien und ob die Stadt bei der "Aktion Mensch" Erkundigungen eingezogen habe, inwieweit Fördermittel abrufbar seien. Der Anteil der älteren und versehrten Menschen werde aufgrund der bekannten Demographie-Thematik noch ansteigen, daher mache eine Investition in diesem Bereich Sinn. Das Einbringen entscheidungsreifer Vorlagen durch die Verwaltung sei Grundvoraussetzung für eine sachgerechte Entscheidung des Rates über Anträge.

Bgm. vom Bover verdeutlicht, primär sei der langfristige Erhalt des Hallenbades zu klären, bevor ein Sponsor bereit sei, Mittel zu investieren. Einer weiteren Beratung im Schul- und Sportausschuss stehe er offen gegenüber.

Stv. Pohler betont noch einmal die wichtige Funktion des Hallenbades für die Stadt und möchte das Schulschwimmen dauerhaft gesichert sehen.

Stv. Ruppert plädiert dafür, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses eine Kostenschätzung etc. zusammenstellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Antrag des Seniorenbeirates wird zur weiteren Beratung in den kommenden Schul- und Sportausschuss verwiesen."

12. Versorgung der Haaner Bevölkerung mit einem Neurologen vor Ort **2./ Vorlage: 10/046/2010**

Protokoll:

Stv. Wetterau erkennt ein berechtigtes Anliegen älterer Menschen darin, vor Ort ärztlich fundiert mit einem Neurologen versorgt zu werden. Ein Ratsbeschluss entfalte aber schon deshalb keine rechtsetzende Wirkung, weil die Sitze von der kassenärztlichen Vereinigung vergeben würden. Zudem warne er davor, Präzedenzen für andere Ärzte in Haan zu schaffen. Die Verwaltung sollte mit dem Seniorenbeirat sprechen und ausloten, was machbar sei.

Stv. Ruppert berichtet, seinem Wissen nach, habe der Seniorenbeirat einen Neurologen an der Hand, der Interesse an einer stundenweisen Tätigkeit in Haan habe und

in einer Gemeinschaftspraxis Platz finden wolle. Dies solle durch die Verwaltung in geeigneter Weise unterstützt werden.

Auch **Stv. Pohler** möchte einen Präzedenzfall für Haan unbedingt ausgeschlossen wissen und empfiehlt einen Neurologen durch tageweises Praktizieren für Haan zu gewinnen.

Bgm. vom Bovert wirft ein, der ehemals hier ansässige Neurologe habe Haan verlassen, weil es sich eine neurologische Praxis nicht gelohnt habe.

Stv. Rehm ist der Ansicht, es sei nicht Aufgabe des Rates, einem Neurologen Praxisräume zu beschaffen. Wenn ein tatsächlicher Bedarf festzustellen sei, müsse die Ärztekammer auf diese Unterdeckung aufmerksam gemacht werden.

Stv. Stracke möchte wissen, was die Verwaltung konkret seit Vorliegen des Antrags unternommen habe. Er vermisse auch hier Vorlage und Infos.

Bgm. vom Bovert erklärt, er habe die zuständigen Ausschüsse mit der Beratung beauftragen wolle. Bei der Umsetzung dieses Antrages seien die Einflüsse der Verwaltung aber eindeutig überschritten.

Stv. Giebels erklärt, Hilden werde als Standort Haan vorgezogen, weil es die größere Stadt sei und sich eine Wirtschaftlichkeit eher einstelle als in Haan. Die Verwaltung sollte mit Vertretern der Haaner Ärzteschaft in Kontakt treten und herausfinden, wer sich die Praxisgemeinschaft (auch stundenweise) mit einem Neurologen vorstellen könne.

Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit Vertretern der Haaner Ärzteschaft auszuloten, ob Bereitschaft bestünde, die eigene Praxis stundenweise mit einem Neurologen zu teilen."

12. Auslagererstattung nach § 33 GO NRW

3./ Vorlage: 10/047/2010

Protokoll:

Bgm. vom Bovert möchte diesen Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abhandeln.

Stv. Drernnhaus sieht keinen Raum für Beratungen, da sich das Recht auf Erstattung der Auslagen nach dem Gesetz ergebe.

Bgo. Formella macht deutlich, dass der Seniorenbeirat eine Auslagererstattung über das bereits vom Rat genehmigte Budget anstrebe und sich hieraus der Beratungsbedarf ergebe.

Stv. Lemke plädiert dafür, Erstattungen nur im Rahmen des gewährten Budgets zu leisten, nicht darüber hinaus.

Stv. Pohler möchte die Arbeit des Seniorenbeirates nicht stillsetzen und plädiert für eine Finanzierung aus dem Produkt "Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit".

Bgm. vom Bovert schlägt eine erneute Beratung in der kommenden Sitzung des Seniorenbeirats am 26.5. vor.

Stv. Lukat kritisiert, dass ein Gesamtkonzept sowohl für den Seniorenbeirat als auch die Schwerbehindertenvertretung und das Jugendparlament fehlten.

StOVR Terhardt führt aus, dass die Verwaltung keinen barrierefreien Raum zur Verfügung stellen könne. Die Miete wären zu etatisieren, das Gebäudemanagement gehe nach ersten Schätzungen von Kosten in Höhe von 500 €/ Monat aus.

Stv. Lukat fragt, warum nicht zumindest diese Info in der Vorlage enthalten gewesen sei und möchte wissen, wo der Schiedsman seine Sprechstunden abhalte.

StOVR Terhardt erläutert, der Schiedsman halte seine Sprechstunden in einem Raum der Tiefpaterre des Rathauses ab, der nicht barrierefrei sei.

Stv. Stracke betont, der Inhalt der 1/3-Stelle müsse vom AK Personal genau analysiert und benannt werden. Weiterhin weist er darauf hin, dass sämtliche Beiräte und Vertretungen der Stadt Haan nicht plötzlich gekommen seien, sondern lange bekannt waren. Es sei höchste Zeit für sinnvolle Konzeptionen.

Stv. Lerch schlägt vor, die Seniorenberatungsstelle im Untergeschoss der Stadtbücherei nach der Sanierung einzurichten.

Bgo. Formella führt aus, das Büchereikonzept sei detailliert im vergangenen Kulturausschuss dargestellt worden. Der Schwerpunkt der Neuorientierung sei hierbei u.a. auf den Bereich neue Medien gesetzt worden. Die vorgesehene Nutzungskonzeption lasse keine Nutzung für eine Geschäfts- / Informationsstelle des Seniorenbeirats zu.

Es sei nicht ratsam, dieses Konzept noch einmal in Frage zu stellen. Ein Vorschlag der Verwaltung zum Inhalt der 1/3-Stelle werde für die nächste Sitzung des AK Personal erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"In der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates soll die Frage des Auslagenersatzes beraten werden."

- 12. Überlassung eines geeigneten barrierefreien Raumes für Büroarbeiten mit
4./ entsprechender technischer Ausstattung und zur Durchführung unserer
Sprechstunden
Vorlage: 10/048/2010**
-

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"In der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates soll die Frage der Räumlichkeiten beraten werden."

- 12. Besetzung einer 1/3-Stelle in der Verwaltung der Stadt Haan
5./ Vorlage: 10/049/2010**
-

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stellenbeschreibung zur Sitzung des AK Personal- und Organisationsentwicklung vorzulegen."

13./ Senior(inn)enbeirat der Stadt Haan; Geschäftsordnung Vorlage: 51/014/2010

Protokoll:

Stv. Wetterau empfiehlt der Verwaltung, keine Verpflichtungen wie denen im § 12 einzugehen und möchte diesen daher gestrichen sehen.

Bgo. Formella verweist darauf, dass gerade die Regelungen des § 12 explizit Wunsch des Seniorenbeirats gewesen seien und künftig in das Aufgabengebiet der 1/3-Stelle fallen sollen.

Stv. Pohler merkt an, der Seniorenbeirat sei ein gewähltes Gremium der Bürger, deren Wünsche sollten erfüllt werden.

Stv. Lukat möchte wissen, wer die Schriftführung für das Jugendparlament übernehme.

Stv. Sack stellt fest, dass die Schriftführung bei den Sitzungen des Jugendparlamentes nicht durch den JuPa-Koordinator, sondern aus deren eigenen Reihen erledigt werde. Die notwendigen Rahmenbedingungen für die Fragen des Jugendparlamentes würden ähnlich wie beim Seniorenbeirat und beim Schwerbehindertenvertreter von der Verwaltung hinausgezögert zw. genossen keinerlei Priorität. Er empfehle, den Frust bei noch engagierten Bürgern, die wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl leisteten, nicht zu groß werden zu lassen.

Stv. Herder betont, die Vorlage verlange lediglich eine Kenntnisnahme des Rates. Dieser könne den § 12 vorerst ausklammern und diesen im Rahmen der Haushaltsberatungen abschließend behandeln.

Abstimmungsergebnis:

37 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen

Beschluss:

"Der Rat nimmt die vom Senior(inn)enbeirat am 17.02.2010 beschlossene Geschäftsordnung (siehe Anlage) zustimmend mit Ausnahme des § 12 zur Kenntnis."

14./ Verkehrsentwicklungsplanung Haan (VEP)
hier: Beschluss des Verkehrsentwicklungsplans Stufe I:
Zustandsanalyse und Verkehrsprognose 2025
Vorlage: 61/011/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

„Der vorgelegte Entwurf zum Verkehrsentwicklungsplan Haan – Stufe I – "Zustandsanalyse und Verkehrsprognose 2025" mit Stand vom November 2009 wird beschlossen. Die Verwaltung legt zur nächsten Sitzung des BVVFA ein neues Leistungsverzeichnis vor.“

15./ Satzung der Stadt Haan über die 36. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
hier: Straßenverzeichnis
Vorlage: 60/010/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Satzung über die 36. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren entsprechend dem vorgelegten Entwurf wird beschlossen."

16./ Straßenbenennung

hier: Stadtkarte für Haan-Gruiten, Verbindungstück zwischen K20n und Gruiten

Vorlage: 63/006/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die in der o. g. Stadtkarte ausgewiesene öffentliche Verkehrsfläche erhält ebenfalls die Bezeichnung:

„Brückenstraße“

17./ Netzplanung Förderschulen

Einrichtung von Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann

Vorlage: 40/008/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"1. Dem Konzept zur flächendeckenden Einrichtung von Kompetenzzentren wird zugestimmt.

2. Dem Antrag zum Ausbau der Paul-Maar-Schule des Kreises Mettmann und der Ferdinand-Lieven-Schule der Stadt Hilden zu einem Kompetenzzentrum im Verbund für den Bereich Haan/Hilden wird zugestimmt. Es wird ausdrücklich festgehalten, dass der verantwortliche Kooperationspartner für die Haaner Schulen die Schulleitung der "Paul-Maar-Schule" sein wird."

18./ Offene Ganztagschule

- 1) Sachstandsbericht
 - 2) **Beschluss über die Einrichtung weiterer Plätze an den Grundschulen Unterhaan und Don-Bosco**
 - 3) Übertragung von Betriebskosten
 - 4) Situation in Gruiten
- Vorlage: 40/010/2010
-

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

- "1. Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Einrichtung zusätzlicher OGS-Plätze an den Grundschulen Don-Bosco (5 Plätze) und Unterhaan (36 Plätze) wird vorbehaltlich des Erhalts von Landesmitteln zugestimmt. Die mit der Privaten Kindergruppe und dem SKFM Haan bestehenden Kooperationsvereinbarungen sind entsprechend zu ergänzen. Die zusätzlichen Betriebskosten für insgesamt 41 Plätze an beiden Standorten sind in Höhe von 40.535 € für das Jahr 2010 und ab dem Jahr 2011 in Höhe von 97.285 € in die Haushalts- und Finanzplanung aufzunehmen. Für investive Maßnahmen im Rahmen der Einrichtung zusätzlicher OGS-Plätze am Standort Unterhaan werden im Haushalt des Jahres 2010 einmalig 15.000 € bereit gestellt.
3. Im Rahmen des OGS-Betriebskostenbudgets bereit gestellte und im Laufe eines Schuljahres nicht verbrauchte Mittel können bei begründeten Sachverhalten in Höhe von maximal 5 % auf Antrag des Trägers für zusätzlichen nachweisbaren investiven Bedarf verwendet werden. Ein entsprechender Antrag ist mit Vorlage der Spitzabrechnung zu stellen.
4. Am Schulstandort Gruiten ist entsprechend des Bedarfs vor Ort die im Jahr 2009 im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Einrichtung einer 3. OGS-Gruppe beizubehalten. Die räumlich dringend notwendigen zusätzlichen Ressourcen sollen, zunächst befristet auf zwei Jahre, im Rahmen der Anmietung eines Containers zur Verfügung gestellt werden. Zwecks zeitnaher Realisierung sowie aus wirtschaftlichen Gründen ist hierzu die Umsetzung des bisher an der Don-Bosco-Schule aufgestellten Containers vorgesehen. Die notwendigen Haushaltsmittel hierfür sind in Höhe von 20.000 € im Jahr 2010 bereitzustellen und freizugeben. Darüber hinaus sind Mittel in Höhe von 8.500 € für das Jahr 2011 sowie 10.000 € für das Jahr 2012 einzuplanen."

19./ Familienkarte Haan - Verlängerung des Projekts
Vorlage: 23/010/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Der Rat stimmt der Laufzeitverlängerung der Familienkarte bis zum 31. Mai 2015 zu."

20./ Satzung über das Anbringen und Aufstellen von Werbeträgern - Entwurf -
Vorlage: 23/013/2010

Protokoll:

Stv. Pohler hält die Satzung evtl. noch einmal für beratungsbedürftig, da Sponsoreinträge auf Bürgerfesten o.ä. Veranstaltungen nicht klar geregelt seien und Interpretationsspielraum böten. Die Verwaltung müsse deutlich machen, dass Bannerwerbung für derartige Festivitäten auch mit Sponsoreinträgen z.B. von Brücken aus weiterhin möglich sei. In Sachen Hochzeitsmesse möchte er das ehrenamtliche Engagement nicht torpedieren. Er könne sich daher eine Schiebung der Entscheidung in den nächsten Rat durchaus vorstellen.

StORR Rennert fasst zusammen, es gehe im Wesentlichen um zwei Fragen:

Soll überhaupt großflächige Bannerwerbung erlaubt werden?

und

Soll hierzu eine kommerzielle Unterstützung gestattet werden?

Er betrachte dies als eine Frage der Gleichberechtigung. Hier präsentiere sich der Satzungsentwurf konsequent. Die Hochzeitsmesse sei deutlich anders zu bewerten als Bürgerfeste und Trödelmärkte.

Stv. Holberg wirft ein, das erste Ziel sei die Eindämmung der wilden Plakatierung in Haan gewesen. Dies werde aus seiner Sicht mit dieser Satzung erreicht.

Stv. Stracke sieht die Bewerbung gewisser Veranstaltungen in Haan als unstrittig an, weil deren Zweck nicht im Sinne der Profiterzielung liege. Kleinvereine und Gruppen

seien ohne Sponsoren aber benachteiligt. Daher schlage er vor, eine Positivliste als Anlage zur Satzung zu beschließen, die alle Veranstaltungen aufführt, für die Teile der Satzung nicht gelten sollen.

Stv. Sack spricht sich gegen eine weitere Verzögerung des Beschlusses aus.

Stv. Drennhaus beruft sich auf die Aussage des Herrn Skroblies aus dem HFA, der Bannerwerbung für gemeinnützige Veranstaltungen zulassen wollte.

Bgm. vom Bovert zeigt sich überzeugt davon, dass sein Ordnungsamt in dieser Frage genug Fingerspitzengefühl zeigen werde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Plakatierungssatzung wird in der Fassung der Anlage 1 mit folgender Änderung beschlossen:

In § 2 Abs. 3 wird das Wort "genehmigungsfähig" durch das Wort "erlaubnisfähig" ersetzt."

21./ Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Stadt Haan und des VHS-Zweckverbandes Hilden-Haan im Bereich des Datenschutzes

Vorlage: SKA/003/2010

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Stadt Haan und des VHS-Zweckverbandes Hilden-Haan im Bereich des Datenschutzes wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen."

22./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lemke thematisiert die widerrechtliche Abholzung der Grünflächen an der Landstraße durch einen Bauunternehmer und möchte wissen, inwiefern die Verwaltung diesen mit Bußgelder belegt oder zum Ersatz aufgefordert habe.

Bgm. vom Bover erklärt, derzeit bestehe Kontakt zwischen Unternehmer und Verwaltung. Es werde geprüft, ob im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung sinnvoll Ersatz gestellt werden könne. Es sei maximal ein Bußgeld in Höhe von 10.000 € zu verhängen, über die endgültige Festsetzung werde die Verwaltung berichten.

Stv. Lukat fragt, welche Gerichtsverfahren seit 2005 bei der Stadt in Sachen Windhövel anhängig seien.

Bgm. vom Bover nennt die beiden Normenkontrollverfahren Pieper, die Nachbarklage Pieper sowie das Nachprüfungsverfahren angestrengt durch die HBB. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes sei erst Anfang bis Mitte des kommenden Jahres zu erwarten. Die Personalkosten würden in Haan nicht dezidiert ermittelt.

Stv. Lukat möchte wissen, wie der Umsetzungsstand in Sachen EU-Dienstleistungsrichtlinie bei der Stadt Haan aussehe.

Bgm. vom Bover erläutert, dies liege in den Händen des Kreises Mettmann. Die Signaturkarten seien vorhanden und könnten eingesetzt werden.

Stv. Lukat fragt, warum diese dann nicht im Impressum beworben würden.

Bgm. vom Bover begründet dies damit, dass die verwendete Software noch nicht mit dem Kreis abgestimmt worden sei. Der Kreis müsse sich für seine kreisangehörigen Städte zunächst als einheitlicher Ansprechpartner erklären.

StOVR Terhardt ergänzt, der Kreis sei noch nicht als Ansprechpartner benannt worden, gebe aber vor, dies zu sein. Die Verwaltung sei in Sachen EU-Dienstleistungsrichtlinie aber gerüstet.

Stv. Lerch bittet die Verwaltung künftig darum, auch die Unterlagen für die beiden Arbeitskreise lückenlos ins Ratsinformationssystem einzustellen.

Stv. Zerhusen-Elker erinnert an die Bemühungen im HFA, die Streuobstwiese in der Horst zu erhalten und fragt sich, wie es angesichts dessen möglich sei, dass im Zuge des Neubaus der GS Mittelhaan alle Bäume auf dem Schulhof gefällt worden seien. Sie fragt nach den Gründen und den Plänen der Verwaltung bzgl. Neupflanzung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Rodung der Bäume war erforderlich, da sie auf den Plangebiet des künftigen Baukörpers des Neubaus standen. Einige dieser Bäume waren zudem erkrankt. Die

Verwaltung werde für Ersatzpflanzungen sorgen.

Stv. Herder schließt mit der Frage an, ob die Baufirma, die sich verantwortlich für den Bau an der Pumpstation zeichne, dafür von der Stadt in Regress genommen werde, dass sämtliche Bäume entgegen der Zusagen im PIUA entfernt worden seien.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der ausführenden Firma ist die Fällgenehmigung seitens der Verwaltung erteilt worden. Damit ist diese Firma zu Ersatzpflanzungen verpflichtet worden.

Stv. Wolfesperger erkundigt sich nach dem Stand der Dinge bzgl. der finanziellen Zuwendung der Deutschen Bundesbahn für die Sanierung des Bahnhofs Gruiten.

Bgm. vom Bover führt aus, der trotz Bundesbahn-Mitteln zu erbringende erhebliche Eigenanteil lasse ihn vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation und den Empfehlungen im bereits angesprochenen Leitfaden des Innenministeriums die Empfehlung aussprechen, von diesem Vorhaben zunächst Abstand zu nehmen. Viele andere Städte hätten aus gleichen Beweggründen ihre Bewerbungen bei der Bundesbahn zurückgezogen.

Stv. Wollmann berichtet, der PIUA habe in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Querungshilfe auf der B 228 in Höhe der Bushaltestellen zu errichten. Diese könne aber nur noch im laufenden Jahr mit Bundesmitteln realisiert werden, da die B 228 ab dem kommenden Jahr zur Landesstraße heruntergestuft werde. Da der gestern tagende Arbeitskreis zum Stand des Verfahrens nicht unterrichtet worden sei, ergehe die Anfrage im Rat.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Maßnahme wird wie vom PIUA beschlossen durchgeführt.

23./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. vom Bover teilt mit, dass die Sitzung des Arbeitskreises für Strategie und Verwaltungsorganisation vom 27.05. auf den 10.06. verlegt werde.